

20 FEB



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XIV/42 - 20. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seiten:

Zeilen:

1	Der Wehrbeauftragte Neuer Abschnitt in der Geschichte der jungen Bundeswehr	45
2	Zypern Staatsmannskunst siegte über Unvernunft	27
2	Südtirol Schatten zwischen Rom und Wien	25
3 - 4	Simeons Aucklauer in Finnland Spannungen in der finnischen Agrarpartei	70
5	Heilsame öffentliche Kritik Von Dr. J. Brecht, MdB	34
6	Transporte mit Zigeunern ... Wird Bonn mit Warschau verhandeln ?	62

* * * * *
* * *

Der Wehrbeauftragte

so - Die Wahl des Wehrbeauftragten durch den Bundestag leitet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der noch jungen Bundeswehr ein. Als vor nunmehr drei Jahren der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Ernst Paul in den Beratungen über den Einbau der Bundeswehr in den demokratischen Staat auf das Vorbild Schweden hinwies und die Einsetzung eines Parlamentsbeauftragten zur Kontrolle der Armee forderte, gab er damit den Auftakt zu einer langen Diskussion. Die Befürworter dieser Idee stützten sich auf die guten Erfahrungen, die man in Skandinavien mit einem Parlamentsbeauftragten für die Armee gemacht hat; die Gegner vorwarnten sich gegen eine "Beaufsichtigung von Militärs durch Zivilisten". Das alles gehört der Vergangenheit an.

Der Wehrbeauftragte untersteht nicht dem Verteidigungsminister. Er repräsentiert eine zivile Institution, hinter der die Autorität der Volksvertretung steht. Er hat sowohl das Recht zur eigenen Initiative bei der Feststellung und Beseitigung von Mißständen in der Bundeswehr, wie auch die Möglichkeit, ja die Verpflichtung, individuellen Beschwerden von Bundeswehrangehörigen nachzugehen. Im Gegensatz zu allen früheren Gepflogenheiten kann sich jeder Bundeswehrangehörige direkt und unter Umgehung seiner Vorgesetzten beschwerdeführend an den Wehrbeauftragten wenden. Theoretisch soll und darf dem Beschwerdeführer kein Nachteil entstehen.

Ob es dem Wehrbeauftragten gelingen wird, auch Einfluß auf die unseres Erachtens notwendige demokratische Grundhaltung der Inneren Führung der Bundeswehr zu nehmen, dürfte zu einem guten Teil von der Persönlichkeit abhängen, die das Amt jetzt antritt. Generalleutnant a.D. Helmuth von Grohman verfügt über die Praxis des "geleiteten Militärs" ebenso wie über die Praxis des zivilen Staatsbeamten. Nicht zuletzt wird er wohl aber das ihm übertragene Amt nur dann wirkungsvoll ausüben können, wenn er der Unterstützung des Parlaments in seiner Gesamtheit gewiß ist. In bestimmten Kreisen der Bundeswehr wird er vielleicht sogar mit Widerständen rechnen müssen. Seit zwei Jahren, also seit dem Bestehen der Bundeswehr, haben sich auch hier schon Gruppen gebildet, die schwer davor zu überzeugen sein dürften, daß auch für sie eine zivile Aufsichtsinstanz keine "Schande" ist ...

Der Wehrbeauftragte macht den Eindruck eines Mannes, der sich all der schwierigen Umstände durchaus bewußt ist, unter denen er sein Amt übernimmt. Aus eigener Erfahrung wird er auch fühlen, wie schwer es sein dürfte, eine Tradition zu überwinden, die das "Höreinsprechen von Zivilisten in Armee-Angelegenheiten" als "aburghlich für den Geist der Truppe" betrachtete. Es ist daher zu hoffen, daß der Wehrbeauftragte seine Arbeit mit der rückhaltlosen Unterstützung aller derjenigen beginnen kann, die wollen; daß auch die Armee im demokratischen Staat eine von Geist der Demokratie getragene Institution ist.

Zypern

sp - Noch vor wenigen Tagen hatte es den Anschein, als hinge der zwischen dem türkischen und dem griechischen Ministerpräsidenten in Zürich ausgehandelte Kompromiss über die Mittelmeerinsel Zypern in der Luft. Makarios, der unbestrittene Führer der zypriotischen Griechen, die vier Fünftel der Bevölkerung stellen, machte in London noch grosse Schwierigkeiten. Auch die britischen Konservativen konnten sich nicht mit dem Gedanken befreunden, Zypern aus dem Kolonialstatus zu entlassen. Beide, Makarios wie auch die hartgesottenen Tories, fügten sich jedoch schliesslich in letzter Stunde besseren Einsichten. Makarios verzichtete wohl schwerem Herzens auf den von ihm seit vielen Jahren erstrebten Anschluss Zyperns nach Griechenland; die britische konservative Regierung gab als Gegenleistung für die Gewährung von zwei Stützpunkten der Insel die Souveränität zurück.

Mit dieser Lösung wurde der seit Jahren anhaltenden blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Besatzungsmacht Grossbritannien und den Zyprioten, aber auch zwischen Griechen und Türken, ein Ende gesetzt. Dieser Kompromiss gereicht allen Beteiligten zur Ehre. Durch gewisse Verzichte gewannen sie nach langen Irr- und Unwegen das kostbare Gut des Friedens. Die NATO ist eine brennende Sorge los, Griechen und Türken, die sich in der Zypernfrage bitterlich verfeindet hatten, stehen nun wieder im östlichen Mittelmeer Seite an Seite. Zu guter Letzt siegte doch noch Staatsmännische Kunst über aufgewühlte Leidenschaften und die Restbestände imperialistischen Denkens. Der Westen insgesamt lieferte mit der glücklichen Regelung der Zypernfrage den Beweis, dass er wohl fähig ist, gefährliche Krisensituationen zu entschärfen. Vielleicht könnte dieser Kompromiss ein Modellfall für die Lösung des Algerienkonfliktes sein; solange diese Wunde schmerzt, bleiben die Positionen des Westens im Mittelmeer gefährdet.

+ + +

Südtirol

sp - Während die Leidenszeit der Bevölkerung Zyperns durch die in London erreichte Einigung zwischen Zyprioten, Griechen, Türken und Briten zu Ende geht, sehen sich die Südtiroler neuen Drangsaliierungen und Existenzbedrohungen durch das NATO-Mitglied Italien ausgesetzt. Die systematische Durchdringung dieses einstmaligen deutschen Landes mit Italienern wird in diesen Tagen verstärkt fortgesetzt, wobei das italienische Wohnbaugesetz die Handhabe bietet. Bei den in Südtirol mit staatlicher Hilfe neu errichteten Wohnungen werden fast nur Italiener berücksichtigt, was zwangsläufig zur Folge hat, dass sich der deutsche Bevölkerungsanteil zugunsten des italienischen, der laufend Zuzug aus dem Süden erhält, verringert. Das seinerzeit zwischen Italien und Österreich über Südtirol vereinbarte Abkommen, das den Südtirolern autonome Rechte gewährte, wird dadurch ausgehöhlt, es verliert an Wert.

Diese Politik der Nationalisierung verursacht viel böses Blut, sie wirft schwere Schatten auf die Beziehungen zwischen Italien und Österreich. Mitgliedern der Insubrer Landesregierung wird nicht einmal der Besuch ihrer Angehörigen in Meran gestattet. Eine Delegation der Südtiroler bat Wien um Schutz und Hilfe, was wiederum Rom mit Missvergnügen zur Kenntnis nahm. Es lehnte österreichische Beschwerden mit der Begründung ab, sie wären eine unzulässige Einmischung in inneritalienische Angelegenheiten - ein Standpunkt, den Chauvinisten und Nationalisten immer beziehen, wenn sie eine rationale Kinderheit eliminieren wollen. Sollte sich der Konflikt ausweitern, dürfte es nicht ausgeschlossen sein, dass sich noch die UNO damit zu befassen hat. Will Rom durch seine Südtiroler Politik eine ähnliche Situation schaffen, wie sie in Zypern vor der Einigung in London vorhanden war?

+ - +

- 3 -

Simonens Amoklauf in Finnland

R.H. - Stockholm

Am 15. Februar sollte "Päivän Sanomat", die Tageszeitung des finnischen Gewerkschaftsbundes und der von der sozialdemokratischen Partei abgesplitterten Simonen-Gruppe in "Suomen Sosialidemokraatti", dem Hauptorgan der Sozialdemokraten, aufgehen; dem Gewerkschaftsbunde, der den "Päivän Sanomat" finanziert hatte, sollten im "Suomen Sosialidemokraatti" entsprechende Publikationsmöglichkeiten geboten werden. Damit wäre eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Überwindung der sozialdemokratischen Parteispaltung und des Schismas im Gewerkschaftsbunde erfüllt gewesen, die nicht nur die Partei und den Gewerkschaftsbund geschädigt hatten, sondern - nach übereinstimmendem Urteil aller finnischen Demokraten - auch die finnische Demokratie vor nahezu unlösbare Probleme gestellt hatten. Es verlautete, dass in der Simonen-Gruppe unter dem Eindruck der verderblichen Wirkungen der Spaltung starke Tendenzen zur Rückkehr in die alte Partei bestehen.

Aarne Simonen, der Führer der Splittergruppe, holte jedoch zum Gegenschlage aus. Er kritisierte heftig den Fusionsbeschluss; interessanterweise erschien diese Kritik in einer kommunistischen Zeitung. Dann berief er eine Konferenz seiner Anhänger ein, die sich - gestützt auf den Arbeitersportbund, aber ohne Gewerkschaftsbund - für eine Fortführung des "Päivän Sanomat" aussprach, allerdings ohne Angabe der Finanzierungsmöglichkeiten. Die sozialdemokratische Druckerei lehnte jedoch den weiteren Druck des "Päivän Sanomat" ab. Simonen triumphierte.

Der finnische Gewerkschaftsbund ist nun von seinem Engagement im "Päivän Sanomat" befreit. Da auch sein bisheriger Vorsitzender Antikainen, eine der wichtigsten Stützen Simonens, kürzlich durch einen sehr gemäßigten Simonen-Anhänger den bisherigen Kommunalarbeiter-Vorsitzenden Heinonen, abgelöst worden ist, scheinen im Gewerkschaftsbunde nun günstigere Voraussetzungen für eine Verständigung mit jener Arbeitsgemeinschaft von zehn Gewerkschaften zu bestehen, die aus Protest über das politische Engagement des Gewerkschaftsbundes an der Seite Simonens sich vom Gewerkschaftsbunde abgelöst hatte.

Den Anstoss zur sozialdemokratischen Parteispaltung hatte die Agrarpartei gegeben, als sie gegen den Willen der sozialdemokratischen Partei mit Simonen und einigen seiner Anhänger eine Koalitionsregierung bildete. Nun erlebt die Agrarpartei selbst starke innere Spannungen. Eine Richtung scheint sich bewusst geworden zu sein, dass die Agrarpartei als reine Standespartei mit einer immer kleiner werdenden Wählerbasis rechnen müsste, da die unaufhaltsame Rationalisierung der Landwirtschaft und ihre Konzentration in grössere Wirtschaftseinheiten die Landbevölkerung ständig verringert; diese Richtung dürfte - dem schwedischen Beispiele folgend - bestrebt sein, die Agrarpartei in eine Zentrumspartei mit Verankerung in der Landwirtschaft und im städtischen Mittelstande zu verwandeln. Eine andere Richtung hält an der bisherigen Standespolitik fest, die durch ihre Subventionswirtschaft die Rationalisierung der Landwirtschaft hemmt; sie gerät dadurch in einen grundsätzlichen Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei, die sich bemüht, die Landwirtschaft durch die Rationalisierung wieder lebensfähig zu machen und für die freiwerdenden Arbeitskräfte neue Industrien zu schaffen, die auch der insbesondere in Nordfinland immer wiederkehrenden Winterarbeitslosigkeit abhelfen sollten. Vor kurzem hat übrigens der aus der Agrarpartei ausgeschlossene Reichstagsmann Veikko Vannamo eine neue Partei der Kleinbauern gegründet, die den Agrariern bei künftigen Wahlen unter Umständen gefährlich werden könnte.

Finden die beiden grössten Parteien Finnlands nicht zu innerer Geschlossenheit zurück, so schwebt die finnische Demokratie in grosser Gefahr. Der Krenl verfügt in den finnischen Kommunisten über eine starke Stosstruppe, die nach dem letzten Wahlsieg im Reichstag über 50 von insgesamt 200 Mandaten verfügt. Der Staatspräsident Dr. Kekkonen, der in Notzeiten die sammelnde Persönlichkeit aller demokratischen Kräfte sein sollte, scheint leider auf dem Entwicklungswege von ehemaligen Agrariervorsitzenden zum überparteilichen Staatsoberhaupt nur geringe Fortschritte gemacht zu haben. Umso wichtiger ist in dieser Lage Reichstagspräsident Fagerholm, der in Finnland an Rang und Einfluss über dem Ministerpräsidenten steht. Solange aber hinter dem Sozialdemokraten Fagerholm keine geschlossene Partei steht, wird die politische Lage in Finnland labil bleiben. Es wäre zu wünschen, dass durch eine Verständigung im Gewerkechaftsbunde bessere Voraussetzungen für eine Überwindung der Parteispaltung geschaffen werden könnten. Vorläufig ist allerdings nicht abzusehen, wie sich Simonens neuer Amoklauf auf die weitere Entwicklung auswirken wird.

Heilsame öffentliche Kritik

Von Dr. J. Brecht, MdB

Bei der Vorlage des umfangreichen Gesetzentwurfes, mit dem die Wohnungsversorgung auf marktwirtschaftliche Formen übergeleitet werden soll, handelt es sich nicht um den Entwurf, den das kürzlich gebildete Gremium von sieben Staatssekretären dem Kabinett bis Mitte April vorlegen soll. Trotzdem werden die Wohnungsbausachverständigen der SPD-Fraktion den jetzt vorliegenden Referenten-Antwurf des Wohnungsbauministeriums sehr sorgfältig prüfen und dazu Stellung nehmen, wenn das umfangreiche Druckstück (bisher 171 Schreibmaschinenseiten) eingehend beraten ist. Es ist jetzt endlich möglich, die Diskussion über dieses Sachgebiet auf gleicher Ebene zu führen, nachdem bisher nur der Bundeswohnungsbauminister alle geplanten Einzelheiten kannte, während die übrigen Diskussionsteilnehmer auf die meist sehr unklaren und teilweise auch widerspruchsvollen Darstellungen in der Presse angewiesen waren.

Eine erste Durchsicht des Entwurfes hat schon gezeigt, daß die öffentliche Kritik, die in den letzten Wochen mit aller Schärfe gegen die neuen Pläne aufgekommen ist, sich sehr nützlich ausgewirkt hat. Manches ist jetzt wesentlich konkreter geregelt und einige Schärfer sind vermieden, auch werden die Fristen in dem sogenannten Phasenplan auseinandergezogen, so daß der Übergang auf die marktwirtschaftliche Regelung erst in wesentlich weiterer Zukunft liegt. Dabei ist es aber sicherlich völlig unmöglich, wie der Bundeswohnungsbauminister in einer Presseverlautbarung erklärt hat, daß das Gesetz noch in diesem Jahr parlamentarisch verabschiedet werden soll. Das ist schon aus Zeitgründen ausgeschlossen. Die SPD-Fraktion wird sich bei diesem Gesetz auch nicht unter Zeitdruck und einen Beratungsgalopp zwingen lassen. Dazu ist es viel zu umfangreich und schneidet viel zu tief in die Lebensbedürfnisse der breiten Bevölkerungskreise ein. Deshalb wird es auch ausgeschlossen sein, daß die sogenannte erste Phase des Übergangs bereits am 1. Oktober ds. Jrs. beginnt. Das wird frühestens im Laufe des Jahres 1960 liegen können.

Damit werden aber alle weiteren Termine in diesem Phasenplan erheblich hinausgeschoben. Das ist sachlich richtig, da bis dahin durch einen verstärkten weiteren Wohnungsbau erst die wesentliche Voraussetzung allmählich geschaffen wird, die zwangswirtschaftlicher Formen der Wohnungsversorgung aufzulockern.

Transporte mit Zigeunern ...

mu. - Sicher sind Zigeuner keine Leute, die man mit den Maßstäben der üblichen Bürger messen kann; sie sind wenig seßhaft und ungerne bereit, sich den üblichen Normen des Zusammenlebens in der bürgerlichen Gesellschaft eines Staates anzupassen. Aber bei der Behandlung dieser Menschen, die gelegentlich überscharf reagieren, zeigt sich, wie weit es mit der humanitären und abendländischen Gesinnung eines freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates her ist.

Als die 331 Zigeuner überraschend im schleswig-holsteinischen Zonengrenzbahnhof Büchen eintrafen, wurde versucht, die vier Personenwagen mit den Zigeunern mit Hilfe einer rückwärts gekoppelten Lokomotive in das Niemandsland und die sowjetzonale Zone abzuschieben. Nur weil die Zigeuner, darunter hochschwängere Frauen, Kinder und sehr alte Leute, aus dem fahrenden Zug sprangen, wurde dieser Rücktransport, der niemals hätte angeordnet werden dürfen, verhindert.

Die Grenzpolizei, die auf Anordnung des Bundesinnenministeriums handelte, hat die Zigeuner dann nicht unter sehr milden Begleitumständen auf dem Hof einer Rot-Kreuz-Baracke zusammengetrieben und in die Baracke und einen Keller gepfercht. Nun, der Herr Bundesinnenminister wird in der ausländischen und vor allem in der skandinavischen Presse nachlesen können, wie man dort all das beurteilt, was auf ihn zurückzuführen ist. Dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland jedenfalls ist in Büchen nicht gedient worden.

Die Polen haben gewiß nicht sehr entgegenkommend gehandelt, als sie den üblichen Anziedlerzug auch die vier Waggon mit den Zigeunern anhängten, ohne irgendwie vorher darüber Nachricht zu geben. Indes - möglicherweise ist ja sogar die in den Rot-Kreuz-Vereinbarungen vorgesehene Familienzusammenführung auf Zigeuner übertragen eine Zusammenführung von Zigeunersippen. Es soll auch nicht übersehen werden, daß die Polen in einem Stettiner Zigeunerlager Unruhen durch Einsatz von Militär zurückweisen mußten, weil auch die dorti-

gen Zigeuner sofort in die Bundesrepublik zu reisen wünschen. Das wiederum deutet übrigens darauf hin, daß wir mit weiteren Zigeunertransporten rechnen müssen.

Die Tatsache, daß Bundesinnenminister Dr. Schröder den Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg, wo Büchen liegt, Wandschneider, anwies, mit der polnischen Militärmission in Berlin über die Rückführung der Zigeuner zu verhandeln, läuft letztlich auf eine politische Groteske hinaus. Einmal wird man die Zigeuner - auch wenn sie polnischer Staatsbürgerschaft sind und Polen bereit ist, sie zurückzunehmen - niemals gegen ihren Willen nach Polen zwangsdeportieren können. Zum anderen: werden die Polen doch, wenn verhandelt werden soll, auf eine höhere Verhandlungsebene drängen, was schließlich dort mündet, wo Bonn so harthörig ist, nämlich in der Entsendung von diplomatischen Vertretern nach Warschau. Und zum letzten: Wenn die ostzonale Volkspolizei die Zigeuner in Schwarheide zurücknehmen soll, bedarf es doch auch der Verhandlungen in Pankow.

Was eigentlich hat man sich da im Bundesinnenministerium bei der Zigeuneraffaire zu Büchen nur gedacht? Wenn man schon Polen nicht anerkennen und in Pankow nicht verhandeln will, dann soll man doch - so wie bisher - das ganze auf die Ebene der Rot-Kreuz-Organisationen verlagern, die auch bisher gute Arbeit geleistet haben. Vielleicht wird das ganze über die Rot-Kreuz-Besprechungen so enden, daß wir noch mehrere Zigeunertransporte aufnehmen müssen.

Die Zigeuner wollen zu ihren Sippen in die Bundesrepublik und meurenten deshalb bereits in Polen. Die Polen haben entsprechend den Verträgen fast 250 000 Deutsche zu ihren Familien in die Bundesrepublik ausreisen lassen, und dabei sollten dann einige Hundert Zigeuner keine Rolle spielen! Auf alle Fälle sind aber die Zeiten der Zwangsdeportationen vorbei, und an diesen Tatbestand sollte man sich auch in der Bundesrepublik bei der Lösung des Problems der Zigeunertransporte orientieren.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel